

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Planungsangelegenheiten am 14.04.2015**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:04 Uhr bis 19:28 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Michael Lämmerhirt	Ausschussvorsitzender CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frank Sängler	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Swen Knöchel	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale) Teilnahme ab 17:39 Uhr
Anja Krimmling-Schoeffler	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
Rudenz Schramm	DIE LINKE/Die PARTEI Fraktion Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Yvonne Winkler	Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Marcel Dörrer	Sachkundiger Einwohner
Dr. Henrik Helbig	Sachkundiger Einwohner
Ingo Kautz	Sachkundiger Einwohner Teilnahme ab 17:05 Uhr
Alexander Keck	Sachkundiger Einwohner
Manfred Sommer	Sachkundiger Einwohner
Bernd Voigtländer	Sachkundiger Einwohner
Anja Waas	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Uwe Stäglich	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Lars Loebner	Leiter Fachbereich Planen
Simone Trettin	Leiterin Team Freiraumplanung
Maik Stehle	Protokollführer

Gäste

Dr. Heinrich Wahlen	Geschäftsführer HWG
---------------------	---------------------

Entschuldigt fehlten:

Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Herr Henning Lübbers	Sachkundiger Einwohner

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Lämmerhirt eröffnete und leitete die Sitzung. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Lämmerhirt informierte die Mitglieder, dass folgende Änderungsanträge eingereicht wurden:

- 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Wassertourismuskonzept - Grundsatzbeschluss" (Vorlage VI/2014/00485)
Vorlage: VI/2015/00809
- 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Freiraum- und Wegekonzept – Grundsatzbeschluss (VI/2014/00486)
Vorlage: VI/2015/00811
- 4.7.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung (VI/2014/00493)
Vorlage: VI/2015/00812

Er schlug vor, folgende Tagesordnungspunkte jeweils zusammen zu behandeln:

- 4.1 Wassertourismuskonzept - Grundsatzbeschluss
Vorlage: VI/2014/00485
- 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Wassertourismuskonzept - Grundsatzbeschluss" (Vorlage VI/2014/00485)
Vorlage: VI/2015/00809

sowie

- 4.2 Freiraum- und Wegekonzept - Grundsatzbeschluss
Vorlage: VI/2014/00486
- 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Freiraum- und Wegekonzept – Grundsatzbeschluss (VI/2014/00486)
Vorlage: VI/2015/00811

sowie

- 4.7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2014/00493
- 4.7.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung (VI/2014/00493)
Vorlage: VI/2015/00812

Herr Stäglin teilte mit, dass die Beschlussvorlage

- 4.3 Baubeschluss - Gutspark Gimritz, Fluthilfemaßnahme Nr. 189
Vorlage: VI/2014/00469

von der Verwaltung zurückgezogen wurde.

Weitere Änderungen oder Anmerkungen gab es nicht.

Herr Dr. Lämmerhirt ließ die so geänderte Tagesordnung abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 10. März 2015
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. Wassertourismuskonzept - Grundsatzbeschluss
Vorlage: VI/2014/00485
- 4.1.1. Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Wassertourismuskonzept - Grundsatzbeschluss" (Vorlage VI/2014/00485)
Vorlage: VI/2015/00809
- 4.2. Freiraum- und Wegekonzept - Grundsatzbeschluss
Vorlage: VI/2014/00486
- 4.2.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Freiraum- und Wegekonzept – Grundsatzbeschluss (VI/2014/00486)
Vorlage: VI/2015/00811
- 4.3. Baubeschluss - Gutspark Gimritz, Fluthilfemaßnahme Nr. 189
Vorlage: VI/2014/00469 **zurückgezogen**
- 4.4. vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 165 "Nahversorgungszentrum Hubertusplatz" - Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Vorlage: VI/2014/00491
- 4.5. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 165 "Nahversorgungszentrum Hubertusplatz" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2014/00033
- 4.6. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2014/00492
- 4.7. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2014/00493
- 4.7.1. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung (VI/2014/00493)
Vorlage: VI/2015/00812
- 4.8. Änderung der "Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im Ausbildungsverkehr in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung (AusgIS)"
Vorlage: VI/2014/00388
- 4.9. 2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Neustadt 2025
Vorlage: VI/2015/00557
- 4.10. Baubeschluss für Fluthilfemaßnahme Nr. 91 Peißnitz Ostweg
Vorlage: VI/2015/00570

5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Rahmenplans für das Gebiet am Steg
Vorlage: VI/2015/00603
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Tourismuswirtschaftliches Gesamtkonzept für die Gewässerlandschaft im mitteldeutschen Raum (TWGK)
Vorlage: VI/2015/00545
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 8.1. mdl. Anfragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Wassertourismuskonzept - Grundsatzbeschluss
- 8.2. mdl. Anfragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Freiraum- und Wegekonzept - Grundsatzbeschluss
- 8.3. mdl. Anfragen der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zum Wassertourismus- sowie Freiraum- und Wegekonzept der Stadt Halle (Saale)
- 8.4. mdl. Fragen und Hinweise der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Gewässerlandschaft im mitteldeutschen Raum
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 10. März 2015

Es gab keine Anmerkungen zu der Niederschrift vom 10. März 2015.

Herr Dr. Lämmerhirt ließ die vorliegenden Niederschriften abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Wassertourismuskonzept - Grundsatzbeschluss Vorlage: VI/2014/00485

Der Tagesordnungspunkt 4.1 wird mit dem Änderungsantrag TOP

zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Wassertourismuskonzept - Grundsatzbeschluss" (Vorlage VI/2014/00485) Vorlage: VI/2015/00809

zusammen behandelt.

Herr Stäglin sagte, dass in der letzten Sitzung in die Vorlage eingeführt wurde. Es gab die Bitte, die vorgenommenen Änderungen kenntlich zu machen. Er bedankte sich bei den Fraktionen für die Zuarbeit der Fragenkataloge. Diese wurden beantwortet, aufgegriffene Hinweise in die Vorlage eingearbeitet. Weiteren Änderungsbedarf von Seiten der Verwaltung gibt es nicht. Er wies darauf hin, dass, wenn Textänderungen durch die Fraktionen gewünscht sind, diese Änderungsanträge stellen müssen.

Weiterhin sagte **Herr Staglin**, dass für inhaltliche Fragen Frau Trettin zur Verfügung steht.

Herr Dr. Lämmerhirt bat Herrn Feigl um Einbringung des Änderungsantrages.

Herr Feigl merkte an, dass das Wassertourismuskonzept in die richtige Richtung geht. Es wurde durch seine Fraktion eine Bürgerversammlung im Peisnitzhaus durchgeführt. Hier wurde festgestellt, dass dieses Konzept noch nicht fertig und umsetzbar ist. Durch den Änderungsantrag soll ein Arbeitsprozess für die Umsetzung des Konzeptes entstehen. Vorstellbar wäre ein Arbeitskreis ähnlich dem „Runder Tisch Radverkehr“.

Herr Stäglin merkte an, dass er mit dem Änderungsantrag keinen weiteren großen Schritt sieht. Die Verwaltung hatte nie eine Aussage getroffen, dass dieses Konzept 1:1 umgesetzt wird. Das Konzept stellt eine grundsätzliche Linie dar, an welcher weiter gearbeitet werden muss. Eine weitere Prioritätenliste ist nicht zielführend. Eine Einrichtung eines Runden Tisches ist nicht notwendig. In der Stadt gibt es organisierte Strukturen wie den Saale-Stammtisch.

Herr Bernstiel schloss sich der Meinung von Herrn Stäglin an. Bei dem Konzept handelt es sich um eine Handlungsgrundlage. Er sagte, dass die CDU/FDP-Stadtratsfraktion dem Änderungsantrag nicht folgen wird.

Herr Feigl sagte, dass er die ablehnende Haltung nicht versteht. Es sollen im Konzept Schwerpunkte gesetzt werden. Weiterhin bat er um EinzelpunktAbstimmung des Änderungsantrages.

Herr Dr. Helbig warb ebenfalls um den Änderungsantrag. Er sagte, dass durch Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Konflikte so klein wie möglich gehalten werden können.

Herr Dr. Fikentscher merkte an, dass an dem Konzept weiter gearbeitet werden muss. Er sagte, dass die Verwaltung dem Stadtrat zur Umsetzung von Maßnahmen Beschlussvorlagen vorlegen soll, welche dann diskutiert werden können.

Herr Stäglin wies nochmal darauf hin, dass eine weitere Prioritätenliste nicht sinnvoll ist. Vielmehr sollte geprüft werden, ob für das gesamte Konzept eine Evaluierung nach 5 Jahren in Form eines Sachstandsberichts durchgeführt wird.

Herr Dr. Lämmerhirt bat die sachkundigen Einwohner um Empfehlungen zu den einzelnen Punkten des Änderungsantrages.

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Wassertourismuskonzept - Grundsatzbeschluss"
(Vorlage VI/2014/00485)
Vorlage: VI/2015/00809**

Die sachkundigen Einwohner gaben folgende Empfehlungen ab:

Pkt. 1 – mehrheitlich abgelehnt

Pkt. 2 – mehrheitlich abgelehnt
Pkt. 3 – mehrheitlich abgelehnt

Herr Dr. Lämmerhirt ließ die einzelnen Punkte des Änderungsantrages abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **abgelehnt**
EinzelpunktAbstimmung

Pkt. 1 – mehrheitlich abgelehnt
Pkt. 2 – mehrheitlich abgelehnt
Pkt. 3 – mehrheitlich abgelehnt

Danach ließ Herr Dr. Lämmerhirt die unveränderte Beschlussvorlage abstimmen und bat vorher die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussvorschlag (Änderungen in Text und Form):

Der Stadtrat beschließt das Wassertourismuskonzept als Handlungsgrundlage für die weitere Entwicklung einer wassertouristischen Infrastruktur in der Stadt Halle (Saale).

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur
Beschlussvorlage "Wassertourismuskonzept - Grundsatzbeschluss"
(Vorlage VI/2014/00485)
Vorlage: VI/2015/00809**

Der Tagesordnungspunkt wurde mit dem Tagesordnungspunkt 4.1 zusammen behandelt.

Abstimmungsergebnis: **abgelehnt**
EinzelpunktAbstimmung

Pkt. 1 – mehrheitlich abgelehnt
Pkt. 2 – mehrheitlich abgelehnt
Pkt. 3 – mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird wie folgt geändert:

1. Der Stadtrat beschließt das Wassertourismuskonzept als **Grundlage für das weitere Vorgehen zur Entwicklung des Wassertourismus in der Stadt Halle.**
2. **Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die im Konzept aufgeführten Maßnahmen inhaltlich so zu unterlegen, dass der Stadtrat daraus eine Prioritätenliste entwickeln und beschließen kann.**

3. **Die Stadtverwaltung organisiert in geeigneter Form (Arbeitsgemeinschaft oder Runder Tisch) die Begleitung der Umsetzung und der Fortentwicklung des Wassertourismuskonzeptes durch Wassersportvereine, Tourismusunternehmen, AnwohnerInnen und den Stadtrat.**

zu 4.2 Freiraum- und Wegekonzept - Grundsatzbeschluss
Vorlage: VI/2014/00486

Die Vorlage wird mit dem Änderungsantrag

zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Freiraum- und Wegekonzept – Grundsatzbeschluss (VI/2014/00486)
Vorlage: VI/2015/00811

zusammen behandelt.

Frau Winkler warb für den Änderungsantrag. Es soll eine Art Naturlehrpfad entlang der Saale entstehen. Damit dies umgesetzt werden wird, soll unter Punkt 3.1.5 der Vorschlag des Änderungsantrages aufgenommen werden.

Herr Bernstiel fragte, was unter dem besonderen Beschilderungskonzept gemeint ist.

Frau Winkler wies darauf hin, dass bisher keine Ausschilderungen existieren und diese geschaffen werden sollen.

Herr Stäglin sagte, dass nach der Erläuterung der einbringenden Fraktion, sich ihm die Frage stellt, ob es die passende Maßnahme darstellt. Mit dem Freiraum- und Wegekonzept sollen notwendige Vernetzungen verbessert werden, aber nicht pädagogische Maßnahmen aufgezeigt werden. Er machte den Vorschlag, unter Punkt 3.3.6 auf der Seite 41 das Thema Beschilderungskonzeption inklusive Naturlehrpfad als unkonkrete Maßnahme aufzunehmen.

Herr Sommer schließt sich den Ausführungen von Herrn Stäglin an. Es soll punktuell besser informiert werden.

Herr Stäglin bot an, ein Informations- und Leitsystem unter Punkt 3.3.6 Nr. 26 aufzunehmen. Der Maßnahmeträger wäre die Stadt Halle (Saale), die Finanzierung und Realisierung bliebe vorerst offen. Sollte die Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM ihren Änderungsantrag dementsprechend ändern, würde die Verwaltung den Vorschlag übernehmen.

Frau Winkler stimmte diesem Vorschlag zu und erklärte den Änderungsantrag für erledigt.

Herr Feigl fragte, ob die Rohrbrücken als Fußgängerbrücken ertüchtigt werden sollen.

Frau Trettin antwortete, dass es sich bisher um eine Idee handelt, welche als Prüfauftrag an die Stadtwerke herangetragen wurde. Sollte ein positives Ergebnis entstehen, wird man sich mit der Finanzierung auseinandersetzen.

Herr Dr. Fikentscher wies darauf hin, dass die Brücken nicht für den Fußgängerbetrieb gebaut wurden. Er fragte, ob es Erfahrungen mit der Belastung der Brücken gibt.

Frau Trettin sagte, dass genau dieser Punkt eine wesentliche Fragestellung darstellt und geprüft werden muss.

Es gab keine weiteren Redebeiträge.

Herr Dr. Lämmerhirt ließ die Vorlage abstimmen und bat zuerst die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag (Änderungen in Text und Form):

Der Stadtrat beschließt das Freiraum- und Wegekonzept als Handlungsgrundlage für die weitere Entwicklung der Saale- und Elsteraue als zentraler Naherholungsraum der Stadt Halle (Saale).

**zu 4.2.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Freiraum- und Wegekonzept – Grundsatzbeschluss (VI/2014/00486)
Vorlage: VI/2015/00811**

Der Änderungsantrag wurde mit Tagesordnungspunkt 4.2 zusammen behandelt.

Abstimmungsergebnis: erledigt

Anmerkung: Der geänderte Antrag wurde von der Verwaltung übernommen.

geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dass Freiraum- und Wegekonzept im Abschnitt ~~3.1.5~~ „Natur und Landschaft-Ziele und Maßnahmen“ **3.3.6 als Nr. 26** mit folgender Maßnahme zu ergänzen:

~~Erschließung durch Information~~ Informations- und Leitsystem entlang der Saale

Ziel ist es, die Erlebbarkeit der Fauna und Flora sowie die räumliche Orientierung durch eine geeignete Beschilderung zu verbessern. Durch die Bereitstellung von Hinweisen und Informationen sowohl zu Pflanzen und Tieren im urbanen Umfeld als auch zu Wegebeziehungen und Aufenthaltsbereichen sollen bessere Orientierungs- und Bildungsmöglichkeiten geschaffen und miteinander verknüpft werden. Im

Rahmen konkreter Maßnahmeplanungen wird dazu ein gesondertes Beschilderungskonzept erarbeitet.

**zu 4.3 Baubeschluss - Gutspark Gimritz, Fluthilfemaßnahme Nr. 189
Vorlage: VI/2014/00469**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF beschließt die Fluthilfemaßnahme Nr. 189 für den Gutspark Gimritz entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

**zu 4.4 vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 165 "Nahversorgungszentrum
Hubertusplatz" - Änderung des Aufstellungsbeschlusses
Vorlage: VI/2014/00491**

Herr Loebner teilte mit, dass der Geltungsbereich um die Abstandsflächen vergrößert wurde.

Es gab keinen weiteren Redebeitrag.

Herr Dr. Lämmerhirt bat die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Herr Dr. Lämmerhirt ließ die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
10 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Änderung des Geltungsbereiches des in Aufstellung befindlichen vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 165 "Nahversorgungszentrum Hubertusplatz" (Aufstellungsbeschluss vom 08.04.2014, Beschluss-Nr. V/2013/12243).
2. Der geänderte Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss

dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich wird vergrößert. Er umfasst künftig eine Fläche von ca. 7.415 m².

3. Die Planungsziele gemäß des Aufstellungsbeschlusses vom 08.04.2014, Beschluss-Nr. V/2013/12243 bleiben unverändert bestehen und erstrecken sich ergänzend auch auf den von der Änderung umfassten Geltungsbereich.

**zu 4.5 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 165 "Nahversorgungszentrum Hubertusplatz" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2014/00033**

Frau Waas teilte mit, dass in der Begründung zum Entwurf, unter Punkt 6.3.2, auf die Erschließung eines Geländes zum Universitäts-Campus eingegangen wird. Inzwischen gibt es eine Anfrage des Eigentümers an die Universität. Diese hat dem Eigentümer mitgeteilt, dass sie der Erschließung nicht zugestimmt.

Herr Feigl fragte, ob diese Information für die Abstimmung der Beschlussvorlage von Relevanz ist.

Herr Stäglin antwortete, dass es keine wesentliche Änderung darstellt und die Vorlage ausgelegt werden kann. Die Verwaltung prüft bis zur Stadtratssitzung am 29.04.2015, ob die Vorlage, auf Grund der Hinweise, angepasst werden muss.

Herr Dr. Lämmerhirt bat die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Herr Dr. Lämmerhirt ließ die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
10 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 165 "Nahversorgungszentrum Hubertusplatz" in der Fassung vom 08.12.2014 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 165 "Nahversorgungszentrum Hubertusplatz" in der Fassung vom 08.12.2014 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 4.6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2014/00492**

Die Tagesordnungspunkte

- zu 4.6 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Aufstellungsbeschluss**
Vorlage: VI/2014/00492
- zu 4.7 **Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung**
Vorlage: VI/2014/00493
- zu 4.7.1 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung (VI/2014/00493)**
Vorlage: VI/2015/00812

Wurden zusammen behandelt.

Herr Loebner führte in den Tagesordnungspunkt 4.6. ein.

Frau Winkler warb für den Änderungsantrag ihrer Fraktion. Die Fraktion spricht sich gegen die Entwidmung der Dorotheenstraße aus. Diese Straße soll weiterhin Tag und Nacht durchgängig bleiben.

Herr Bernstiel sagte, dass man der Presse entnehmen konnte, dass am Riebeckplatz möglicher Weise ein Verwaltungsneubau entstehen soll. Er fragte, ob dieser geplante Bau eine Rolle in der Beschlussvorlage spielt.

Herr Stäglin informierte, dass es sich um 2 Flächen handelt. Die HWG hat über ein Wettbewerbsverfahren eine gute Lösung für den bestehenden Nahversorger und den dahinter liegenden Gebäudeteil gefunden. In einem weiteren Verfahrensschritt müsste ein Bebauungsplan geschaffen werden. Weiterhin sagte er, dass die Abbruchfläche des ehemaligen Nordturms die Nachbarfläche ist. Diese Fläche steht zur Verfügung und soll weiterentwickelt werden.

Herr Feigl erwartet eine massive Bebauung des Riebeckplatzes, kann der Vorlage aber zustimmen.

Herr Sänger informierte, dass das Vorhaben auf einen Wettbewerb der HWG zurückzuführen ist und die Nordspitze der Fläche dabei betrachtet wurde.

Herr Sommer sprach sich für die blockrandschließende Bebauung aus. Der Stadteingang wird aufgewertet und verbessert. Trotzdem sprach er sich gegen die nächtliche Schließung der Dorotheenstraße zur Martinsstraße aus. Die Treppenanlagen des Neubaus sollen keine Rampenlösung für Behinderte bzw. Rollstuhlfahrer darstellen.

Herr Knöchel machte auf den Punkt „Parkraumsituation im Quartier“ aufmerksam. Er bat die Verwaltung ihre Argumentation kurz vorzustellen. Die Parksituation in diesem Quartier ist bereits angespannt.

Herr Loebner antwortete, dass in den innerstädtischen Bereichen immer das Problem „Parken“ besteht. In dem angesprochenen Quartier handelt es sich jedoch um eine besondere Nutzungsgruppe. Es soll altengerechtes Wohnen sein. Nach Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) können in diesem Bereich deutlich geminderte Stellplatznachweise herangezogen werden. Trotzdem sieht die Verwaltung dies als machbar, da es sich um ein Quartier mit sehr guter ÖPNV-Anbindung handelt.

Herr Bernstiel ging auf den Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM ein. Er fragte, ob man Informationen von der HWG bekommen könnte.

Herr Dr. Lämmerhirt beantragte Rederecht für Herrn Dr. Wahlen von der HWG.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Dr. Wahlen sagte, dass zurzeit eine geringe Aufenthaltsqualität hin der Martinstraße vorhanden ist. Dies soll geändert werden. Es soll jedoch verhindert werden, dass in diesem Bereich durch Personen ein dauerhafter Aufenthalt besonders in der Nacht gesucht wird. Diese Gefahr bestehe, wenn man die Frequentierung des Riebeckplatzes betrachtet. Grundsätzlich soll der Durchgang öffentlich bleiben, aber man möchte die Option haben, den Bereich auch schließen zu können.

Herr Knöchel sagte, dass ihm der Nachweis zur Parkplatzsituation in der Beschlussvorlage nicht ausreicht.

Herr Loebner wies auf den Punkt 6.3.3 auf der Seite 35 hin.

Herr Knöchel findet es für notwendig, dass ein Verkehrs- und Parkraumkonzept erstellt wird.

Herr Stäglin sagte, dass man sich in einer parkraumbewirtschafteten Zone befindet.

Herr Loebner antwortete, dass es sich auf den moderaten Verkehrsaufwuchs bezieht, also um den fließenden Verkehr. Der ruhende Verkehr wurde durch ein Verkehrsgutachten untersetzt.

Herr Feigl fragte, ob 72 Parkplätze den eigentlichen Bedarf darstellen.

Herr Loebner teilte mit, dass es sich um 74 Parkplätze handelt.

Herr Dr. Fikentscher fragte, ob man die dunkle Ecke zwischen Dorotheenstraße und Martinstraße nicht ausleuchten kann und wer dafür zuständig wäre.

Herr Bernstiel machte auf die Aussage von Herrn Dr. Wahlen aufmerksam. Es soll nur die Möglichkeit einer Schließung geschaffen werden. Es kann im Aufsichtsrat jederzeit über das Problem diskutiert werden.

Frau Winkler sagte, dass die Straße entwickelt und privatisiert werden soll. Genau da bestehe das Problem.

Herr Stäglin antwortete, dass die Straße funktional für die Allgemeinheit sichergestellt werden soll. Dieses wurde in der Vorlage auch dargestellt. Er wies darauf hin dass der Änderungsantrag sich widerspricht. Die Fraktion sollte ihren Antrag nochmal prüfen.

Herr Voigtländer wies darauf hin, dass immer mehr ältere Menschen mobil sind. Die Aussage in der Begründung kann er nicht nachvollziehen.

Zum Durchgang sagte er, dass dieser so groß gestaltet werden soll, dass eine Möglichkeit von Übergriffen weit eingeschränkt wird.

Weitere Redebeiträge gab es nicht.

Herr Dr, Lämmerhirt ließ zuerst den

**zu 4.7.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung (VI/2014/00493)
Vorlage: VI/2015/00812**

abstimmen und bat die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Die sachkundigen Einwohner lehnten den Änderungsantrag mit Patt ab.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

4 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“ wird wie folgt geändert:

Der Durchgang von der Martinstraße zur Dorotheenstraße bleibt durchgängig (24 Stunden) für die Öffentlichkeit geöffnet. Die Fläche bleibt als öffentliche Straße erhalten.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Entwurf des Bebauungsplans in seinen Skizzen und im Begründungstext entsprechend vor der öffentlichen Auslegung anzupassen.

Nun ließ Herr D. Lämmerhirt den TOP

**zu 4.7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2014/00493**

abstimmen.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“ in der Fassung vom 04.02.2015 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“ in der Fassung vom 04.02.2015 sowie die Begründung in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

Nun wurde die Vorlage

**zu 4.6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2014/00492**

abgestimmt.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs.1 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 1 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen mit einer Größe von etwa 0,22 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannten Planungsziele.
4. Das Planverfahren soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB durchgeführt werden.

**zu 4.7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2014/00493**

Der Tagesordnungspunkt wurde mit TOP 4.6 zusammen behandelt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

3. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“ in der Fassung vom 04.02.2015 sowie die Begründung zum Entwurf in gleicher Fassung.
4. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“ in der Fassung vom 04.02.2015 sowie die Begründung in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 4.7.1 Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“- Beschluss zur öffentlichen Auslegung (VI/2014/00493)
Vorlage: VI/2015/00812**

Der Tagesordnungspunkt wurde mit dem TOP 4.6 und TOP 4.7 zusammen behandelt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
4 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 169 „Wohn- und Geschäftshaus Dorotheenstraße/Leipziger Straße“ wird wie folgt geändert:

Der Durchgang von der Martinstraße zur Dorotheenstraße bleibt durchgängig (24 Stunden) für die Öffentlichkeit geöffnet. Die Fläche bleibt als öffentliche Straße erhalten.

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Entwurf des Bebauungsplans in seinen Skizzen und im Begründungstext entsprechend vor der öffentlichen Auslegung anzupassen.

**zu 4.8 Änderung der "Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im Ausbildungsverkehr in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung (AusglS)"
Vorlage: VI/2014/00388**

Herr Dr. Lämmerhirt bat die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Herr Dr. Lämmerhirt ließ die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

geänderter Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die erste Änderung der Satzung zum Ausgleich ermäßigter Ausbildungstarife im Ausbildungsverkehr in der Stadt Halle (Saale) - Ausgleichssatzung (AusglS).

**zu 4.9 2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“
Neustadt 2025
Vorlage: VI/2015/00557**

Frau Dr. Ziegenbein stellte das Integrierte Handlungskonzept „Soziale Stadt“-Neustadt 2025 den Mitgliedern anhand einer Präsentation vor.

Herr Feigl fragte, ob die bisherigen Maßnahmen evaluiert werden.

Frau Dr. Ziegenbein antwortete, dass es ein Teil der Vorlage ist.

Herr Feigl wies auf die monofunktionale Nutzung des Stadtteiles hin. Er fragte, welche Ansatzpunkte es gibt bzw. welche Richtung vorgesehen ist.

Frau Dr. Ziegenbein sagte, dass das Thema „Soziale Stadt“ für Akteure, welche sich vor Ort befinden, einen Rahmen gibt. Es sollen sich kleine gewerbliche Flächen entwickeln. Eine Idee ist bspw. die Erdgeschoss entlang der Magistrale. Eine konkrete Festlegung kann jedoch nicht getroffen werden.

Herr Loebner fügte hinzu, dass besonders im Zentrum von Neustadt die gewerbliche Nutzung unterstützt werden soll.

Herr Feigl begrüßte die Initiative, die Ansiedlung von Gewerbe zu unterstützen. Er regte an, dass Gebäude, welche der Stadt gehören und nicht genutzt werden, der gewerblichen Nutzung zur Verfügung zu stellen.

Weitere Redebeiträge gab es nicht.

Herr Dr. Lämmerhirt ließ die Vorlage abstimmen und bat zuerst die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ in Neustadt fortzusetzen.
2. Der Stadtrat beschließt die Erweiterung des Fördergebietes nach Osten. Damit wird das Fördergebiet auf die Flächen westlich der Wilden Saale (zwischen Heideallee/ehemaliger Kompostplatz, Eissporthalle/Festplatz bis hin zum Bereich Sandanger, dieser Bereich wird als westliche, zentrale Saaleaue definiert) sowie die Peißnitzinsel selbst ausgedehnt. (Anlage 1: Übersichtskarte mit Abgrenzung des Fördergebietes).
3. Der Stadtrat beschließt die 2. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Neustadt 2025 (Anlage 2) in der vorliegenden Fassung als Handlungsrahmen für die Fortsetzung der Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ in Neustadt.
4. Die Umsetzung der Einzelmaßnahmen soll in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit der zur Finanzierung notwendigen Fördermittel in den einzelnen Programm- und Haushaltsjahren erfolgen.

**zu 4.10 Baubeschluss für Fluthilfemaßnahme Nr. 91 Peißnitz Ostweg
Vorlage: VI/2015/00570**

Herr Dr. Lämmerhirt bat die sachkundigen Einwohner um eine Empfehlung.

Die sachkundigen Einwohner empfahlen einstimmig der Vorlage zuzustimmen.

Herr Dr. Lämmerhirt ließ die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**
 11 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 91 Peißnitz Ostweg entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Rahmenplans für das Gebiet am Steg Vorlage: VI/2015/00603

Herr Feigl begründete seinen Antrag. Er sagte, dass es sich um ein altstadtnahes Gebiet handelt, welches brach liegt. Die erste Neubebauung ist die Saaleklinik. Eine städtebauliche Einordnung ist nicht zu erkennen. Die Stadt bzw. die HWG plant eine Ballsporthalle und einen Kindergarten. Bei beiden Baumaßnahmen nehmen nur 1/3 der Gesamtfläche in Anspruch. Deshalb ist es dringend erforderlich einen Rahmenplan zu erstellen. Dadurch soll eine Zufälligkeit in der Bebauung ausgeschlossen werden.

Herr Stäglin wies auf die Stellungnahme der Verwaltung hin. Er fragte Herrn Feigl, ob aus seiner Sicht die grundlegende Aufteilung der Funktionen hinterfragt oder widersprochen wird, oder ob es eine sinnvolle Aufteilung der Funktionen darstellt.

Herr Feigl fand es schwierig, die Frage zu beantworten. Er betonte, dass die geplanten Maßnahmen nicht in Frage gestellt werden. Es gehe darum, dass die zu bebauende Fläche nur 1/3 der Gesamtfläche darstellt. Es soll sich mit der brachen Fläche beschäftigt und Idee entwickelt werden.

Herr Stäglin antwortete, dass sich die Verwaltung mit diesem Thema bereits auseinandersetzt. Aus diesem Grund kann die Verwaltung dem so gestellten Antrag nicht zustimmen. Er schlug vor, Ergebnisse als Mitteilungen im Ausschuss vorzustellen.

Herr Dörrer teilte mit, dass man schon im letzten Jahr darüber diskutiert hatte. Die Verwaltung hatte schon damals einen Rahmenplan eher hinderlich gesehen. Er fragte, ob die Situation sich geändert hat.

Herr Stäglin antwortete, dass sich an der Situation nichts geändert hat.

Herr Sommer fragte, ob nach §34 BauG die Genehmigungen erteilt werden. Aus seiner Sicht kann die Genehmigung nicht erfolgen, denn weder die Turnhalle noch die Kindereinrichtung fügen sich nach Art und Maß der baulichen Nutzung nicht ein. Es soll in den nächsten Sitzungen des Ausschusses die konkrete Bebauung dargestellt werden. Aus seiner Sicht wird ein Rahmenplan aber nicht weiterhelfen.

Herr Feigl äußerte, dass, wenn es eine andere Möglichkeit gibt, sich planerisch mit diesem Gebiet auseinander zu setzen, er nicht an einen Rahmenplan festhalten wird. Ihm ist wichtig, dass eine planerische Ordnung für dieses Gebiet vorhanden ist.

Herr Stäglin widersprach Herrn Sommer und verwies nochmal auf die Stellungnahme der Verwaltung. Die Prüfung zur Genehmigungsfähigkeit nach § 34 BauGB führt der zuständige Fachbereich durch. Mit dem restlichen Gelände wird sich die Verwaltung planerisch auseinandersetzen und Ergebnisse als Mitteilung vorstellen.

Herr Stäglin bat darum, auf die Stellungnahme der Verwaltung zum TOP 9.6 aus der Stadtratssitzung vom 28.01.2015 hinzuweisen.

Herr Loebner äußerte, dass es für ihn 2 Aufgaben aus der Diskussion ergeben. Zum einen

das Management der Baumaßnahmen, welche durch Fluthilfe und im Sinne des Schulentwicklungsplanes dringend notwendig sind und ein weiterführendes Konzept für diesen gesamten Stadtraum. Die Zeitschiene bis Oktober sieht er als unrealistisch.

Herr Dr. Fikentscher sagte, dass die Standpunkte der Verwaltung ins Protokoll aufgenommen und danach gehandelt werden soll. Somit hätte sich der Änderungsantrag erledigt und könnte zurückgezogen werden.

Herr Knöchel schloss sich der Aussage von Herrn Dr. Fikentscher an. Es müsste überlegt werden, wie die Schließung Richtung Glaucha aussehen soll. Weiterhin sollte überlegt werden, wie es mit der ehemaligen STEG Passage weitergehen soll. Ein Rahmenplan ist jedoch das richtige Mittel.

Herr Feigl fragte, ob die Verwaltung im Frühjahr 2016 über die Ergebnisse informieren könnte.

Herr Stäglin empfahl den Antrag zur Mitberatung in den Ausschuss für Stadtentwicklung durch den Stadtrat verweisen zu lassen.

Die Mitglieder sprachen sich einstimmig für den Vorschlag.

Abstimmungsergebnis: beraten

Anmerkung: Die Mitglieder des Ausschusses für Planungsangelegenheiten empfehlen den Antrag zur Beratung in den Ausschuss für Stadtentwicklung zu überweisen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Rahmenplanung für eine zukünftige Neubebauung des Gebietes am Steg (begrenzt von Glauchaer Straße, Lange Straße, Steg und Moritzzwinger) zu erarbeiten und im Oktober 2015 dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 Tourismuswirtschaftliches Gesamtkonzept für die Gewässerlandschaft im mitteldeutschen Raum (TWGK)
Vorlage: VI/2015/00545**

Das Gesamtkonzept wurde durch die Mitglieder des Ausschusses für Planungsangelegenheiten zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Mitteilung zur Städtebauförderung

Herr Stäglin teilte anhand einer Präsentation den aktuellen Stand der Städtebauförderung mit.

Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Herr Feigl hatte eine Verständnisfrage zu den Sicherungsmaßnahmen Stadtumbau Ost. Er teilte mit, dass eine Summe für die Paracelsusstraße genehmigt wurde. Er fragte, ob diese Summe auch betroffen ist.

Herr Stäglin antwortete, dass auch bei Sicherungsmitteln Gelder aus vorherigen Programmjahren vorhanden sind, so dass einzelne Maßnahmen damit finanziert werden können.

Es gibt jedoch keine neuen zusätzlichen Mittel, so dass der Spielraum für zusätzliche neue Projekte begrenzt ist.

Herr Feigl fragte, wie viel Geld noch vorhanden ist.

Herr Loebner sagte, dass er die aktuelle Zahl nicht parat hat.

Herr Stäglin teilte weiterhin mit, dass man vom Städte- und Gemeindebund Informationen bekommen hat, dass der Bund das Programm „nationale Projekte des Städtebaus 2015“ wieder aufgelebt hat. Anträge müssen bis zum 21. Mai 2015 beim MLV eingereicht werden. In der Mai-Sitzung wird über mögliche Projekte informiert.

zu 7.3 Information zur Entwicklung der Scheiben in Neustadt

Herr Stäglin informierte die Mitglieder über den aktuellen Stand der Entwicklung der Scheiben in Neustadt.

Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 mdl. Anfragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Wassertourismuskonzept - Grundsatzbeschluss

Die Anfragen wurden zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 4.1 behandelt.

zu 8.2 mdl. Anfragen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Freiraum- und Wegekonzept - Grundsatzbeschluss

Die Anfragen wurden zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 4.2 behandelt.

zu 8.3 mdl. Anfragen der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zum Wassertourismus- sowie Freiraum- und Wegekonzept der Stadt Halle (Saale)

Die Anfragen wurden zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 4.1 und 4.2 behandelt.

zu 8.4 mdl. Fragen und Hinweise der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Gewässerlandschaft im mitteldeutschen Raum

Die Anfragen wurden zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 4.1 und 4.2 behandelt.

zu 8.5 mdl. Anfrage der Stadträtin Anja Krimmling-Schoeffler zum Skatepark am Stadtpark

Frau Krimmling-Schoeffler teilte mit, dass sie von einem Skater eine E-Mail erhalten hat. Er teilte ihr mit, dass die vorhandenen Skateparks ohne Beteiligung der zukünftigen Nutzer geplant und gebaut werden. Der verwendete Belag ist nicht zum Skaten geeignet.

Sie fragte, ob die Verwaltung an einem Gespräch mit der Person interessiert ist.

Herr Stäglin antwortete, dass man an einem Gespräch interessiert ist und bat Frau Krimmling-Schoeffler den Kontakt herzustellen.

Er wies darauf hin, dass die Verwaltung mit dem Verein congrav e.V. bezüglich der Skateparks im engen Kontakt steht.

zu 8.6 mdl. Anfrage der Stadträtin Anja Krimmling-Schoeffler zum Wohngebiet Büschdorf-Nord

Frau Krimmling-Schoeffler wies auf eine Anfrage aus der Februarsitzung bezüglich der Tempo 30 Zone in der Greppiner Straße hin. Sie teilte mit, dass es eine Gesprächsrunde zwischen der Stadt und der Bürgerinitiative gegeben hat. Die Verwaltung hatte der Bürgerinitiative mitgeteilt, dass für das Aufbringen der „30“ auf den Asphalt keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Die Bürgerinitiative hat für die Beschriftung der Straße Geld gesammelt und möchte nun die Mittel der Stadt für die Umsetzung zur Verfügung stellen.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, wie der weitere Verfahrensweg ist.

Herr Stäglin antwortete, dass die Bürgerinitiative mit der Verwaltung Kontakt aufnehmen soll.

Frau Krimmling-Schoeffler bat die Verwaltung, die Entscheidung zur Linksabbiegespur nochmal aufzubereiten und der Bürgerinitiative zukommen lassen.

Herr Stäglin erwiderte, dass der Bürgerinitiative mehrmals geschrieben wurde. Er sagte, dass das Thema aufbereitet und in einem persönlichen Gespräch erläutert wurde.

zu 8.7 mdl. Anfrage des Stadtrates Christian Feigl zur Große Märkerstraße 5

Herr Feigl fragte nach dem Stand des Verkaufs. Er möchte wissen, ob ein Ergebnis erzielt wurde.

Herr Stäglin antwortete, dass man den zuständigen Fachbereich um eine schriftliche Beantwortung bitten wird. Das Thema sollte im Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben nach der VOB, VOL, HOAI und VOF angesprochen werden, da dort die zuständige Beigeordnete teilnimmt.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

Uwe Stäglin
Beigeordneter

Dr. Michael Lämmerhirt
Ausschussvorsitzender

Maik Stehle
Protokollführer